Posener Zeitung.

№ 250. Donnerstag den 26. Oktober. 1848.

Inland.

Berlin, den 24. Okt. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Stadtgerichts-Secretair und Büreau-Vorsteher Schlunk zu Königsberg in Pr. den Titel als Kanzlei-Rath zu verleihen.

---

* Posen, den 24. Oktober. Wer gestern Abend um $6\frac{1}{2}$ Uhr den Himmel betrachtete, dem mußte ein heller, etwa über ein Sechstheil des nördlichen Horizonts verbreiteter Schein auffallen. Man wäre geneigt gewesen, denselben für den Widerschein eines fernen Feuers zu halten, hätte nicht die im Verhältniß zu der bedeutenden Breite nur geringe Höhe dem widersprochen. So konnte man nur auf ein Nordlicht schließen, eine Annahme, welche durch den ferneren Verlauf auch vollkommen bestätigt wurde. Nachdem nämlich das Phänomen bis etwa $7\frac{1}{2}$ Uhr in gleicher Art fortgedauert hatte, begann die bekannte Erscheinung des Strahlenschießens. Aus verschiedenen Theilen des Hauptkörpers schossen helle Strahlen von wechselnder Breite zum Zenith empor und verliefen in der Höhe des Sternbildes „der kleine Bär", während sie im großen Bären noch deutlich sichtbar waren. Refer. hat selbst zu gleicher Zeit 5 bis 6 solcher Strahlen beobachtet. Um $\frac{3}{4}8$ Uhr hörte das Strahlenschießen auf und wurde auch die Helligkeit des Grundkörpers immer schwächer.

Ob die oben beschriebene Erscheinung mit der seit gestern Mittag für uns eingetretenen Wetterveränderung im Zusammenhang steht, ob sie vielleicht eben dadurch auch einen Einfluß auf die Heftigkeit der Cholera-Epidemie äußert, lassen wir bei dem noch nicht genügend erklärten Ursprunge der Nordlichter dahin gestellt.

△ Berlin, den 23. Okt. Der Verein des dritten größeren Wahlbezirks, auch sehr radikaler Färbung, erklärt in einem Anschlage, daß er aus allen Kräften sich bemühen werde, den leichtsinnigen Störungen der öffentlichen Ruhe vorzubeugen, um dadurch der Reaktion keine Waffen in die Hände zu geben. Er erklärt einen Jeden für einen Feind der Freiheit und des Volkes, der einen Kampf so herbeiführe. Das ist recht schön, es klingt nur etwas auffallend von dieser Versammlung her, und führt auf den nahe liegenden Gedanken, daß es den Radikalen allerdings sehr unangenehm sein müßte, wenn allgemeine Ruhestörungen und dadurch vielleicht gar ein Belagerungszustand gerade jetzt herbeigeführt würde, wo sie vom 26. d. M. an wiederum einen Congreß aller demokratischen Vereine Deutschlands nach Berlin ausgeschrieben haben, und wo zugleich die Vertreter der äußersten Linken aus allen konstituirenden Versammlungen Deutschlands hier sich versammeln sollen, um etwa die Frankfurter Versammlung für unwürdig und incompetent zu erklären und ein neues Vorparlament zu konstituiren. Wie sehr es dieser Partei darum zu thun ist, für den Augenblick jeden Zusammenstoß zu vermeiden, geht auch daraus hervor, daß sie die Erbitterung der Arbeiter auf jede Weise zu beschwichtigen suchen, und es selbst dahin gebracht haben, daß die auf dem Köpnickerfelde in einer allerdings wohl harten, unüberlegten und zu mißbillenden Weise abgelohnten hundert Arbeiter, während ihres gezwungenen Feierns von ihren Genossen ernährt werden sollen.

△ Berlin, den 23. Oktober. Man spricht hier sehr viel davon, daß der Minister-Präsident von Pfuel sich zurückziehen werde. An seine Stelle werde der kommandirende General von Schlesien, Graf Brandenburg, treten. Der General von Pfuel ist inzwischen zum Abgeordneten gewählt worden und würde somit die Rechte einen neuen Zuwachs erhalten. — Auch Kisker soll seine Dimission eingereicht haben. Ueber die Motive cirkuliren die mannigfachsten Gerüchte.

— (Spen. Ztg.) Die Commission der National-Versammlung, welche die ministerielle Vorlage wegen Fortdauer des Belagerungszustandes von Posen zu prüfen hat, beschloß mit großer Mehrheit, dessen sofortige Aufhebung zu beantragen, da für die längere Fortdauer keine genügenden Gründe vorhanden seien. Nur zwei Mitglieder waren für die ministerielle Ansicht. Alle übrigen fanden in den Vorlagen nur Besorgnisse, doch keine Beweise. Ueber den Beschluß der Commission wird heut Bericht erstattet.

Königsberg, den 19. Okt. (N. K. Z.) Gestern Abend zogen die vereinigten Mitglieder des Volkswehrclubs und des Arbeitervereines vor die Wohnung des hier anwesenden Volksvertreters Johann Jacoby, um ihm für sein Auftreten und Wirken in der Berliner Versammlung zu danken. Nachdem das hier volksthümlich gewordene „Volkslied" mit dem bekannten Verse auf den „Volksmann der vier Fragen" gesungen, betrat eine Deputation beider Vereine das Zimmer Jacoby's, um ihm theils wegen des kräftigen Widerstandes gegen den Bürgerwehrgesetz-Entwurf, theils wegen des entschiedenen Wirkens überall, wo es principiell sich um die Volkssouveränetät gehandelt, Dank und Beistimmung auszusprechen, zum Ausharren in diesem Sinne aufzufordern und die unbeschränkteste Hochachtung vor Jacoby's persönlichem Charakter — gegen den neuerdings von gewisser Seite her Verdächtigungen versucht worden — zu bekräftigen. Der Gefeierte erwiederte der Deputation, wie es seine Art ist, kurze und klare, vielsagende Worte und schloß: „Unser ist die Zukunft, seien wir einig." Sodann an das Fenster getreten: „Dank Euch, Freunde und Mitbürger! Euer Zuruf ist mir ein herzerhebendes Zeichen Eurer Anerkennung, ein Zeugniß dafür, daß Ihr übereinstimmt mit den Ansichten, die ich mit ganzer Seele vertheidige, mit ganzer Seele zu verwirklichen bemüht bin. Euer Zuruf ist mir zugleich eine ernste, dringende Mahnung, wie bis heute, so fort an dem großen Ziele zuzustreben, das — eine helle Leuchte der Zukunft — uns allen vor Augen steht. Dieses Ziel, es ist ein einiges, mächtiges, ein freies Deutschland! Mögen immerhin die Söldner einer unverantwortlichen Gewalt, mögen die Feinde der Freiheit in Helm und Kutte sich zusammenschaaren, wir trotzen jeder Centralgewalt, die uns Männern neue Fesseln zu schmieden unterfängt; wir trotzen jeder Centralgewalt, die es nicht einsehen will, daß nur durch die Freiheit, nur durch die Machtvollkommenheit des Volkes die Deutsche Einheit gedeihen kann. Dem freien Deutschen Vaterlande laßt uns aus vollem Herzen ein Hoch bringen!"

Frankfurt a. M., den 20. Okt. (O.-P.-A.-Z.) 100ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Fortsetzung der Berathung über den vorgelegten Abschnitt des Verfassungs-Entwurfs Art. II. §§. 2—4.) Der Präsident H. v. Gagern eröffnet die Sitzung um $9\frac{1}{2}$ Uhr. Die heute zur Diskussion kommenden Paragraphen des Verfassungs-Entwurfs lauten: „§. 2. Kein Theil des Deutschen Reichs darf mit Nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein*). §. 3. Hat ein Deutsches Land mit einem Nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personal-Union zu ordnen. §. 4. Das Staats-Oberhaupt eines Deutschen Landes, welches mit einem Nichtdeutschen Lande in dem Verhältniß der Personal-Union steht, muß entweder in seinem Deutschen Lande residiren oder in demselben eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen**). Es haben sich zur Theilnahme an der heutigen Berathung gegen 70 Redner einschreiben lassen, über deren Reihenfolge eine kleine Debatte sich erhebt, da die Einschreibungen von zwei Secretairen des Büreaus gleichzeitig vorgenommen worden sind. Die Versammlung entscheidet sich nach dem Vorschlage des Präsidenten für die Aufrechthaltung der von Secretair Biedermann angefertigten Liste. Zuerst erhält das Wort Fritsch aus Oesterreich. Der Redner theilt nicht die Ansicht des Ausschusses. Ebenso ist er gegen jede Veränderung in den gegenwärtigen Verhältnissen der Oesterreichisch-Deutschen Provinzen, zu deren Trennung weder Recht, noch Grund vorhanden sei. Diese Loslösung dürfe auch den Europäischen Staaten gegenüber nicht erfolgen, unter deren Mitwirkung der Oesterreichische Staatenbund im Jahre 1815 sich herangebildet habe. Weder die Deutschen, noch die Außerdeutschen Provinzen wollten diese Trennung, die den Bürgerkrieg und die Herrschaft des Slavischen Elementes über das Deutsche unfehlbar im Gefolge haben werde. Der Präsident bringt folgenden Antrag Jahn's zur Abstimmung: Die Nationalversammlung beschließt, die Berathung über §. 2. des Verfassungs-Entwurfs auszusetzen und den darin zur Sprache kommenden Gegenstand dem Ausschuß für die Oesterreichische Frage zur nochmaligen Prüfung und Begutachtung zu überweisen. Der Antrag wird nicht für dringlich erkannt. Eisenmann: Als im Maimonat die Oesterreicher zu uns kamen, um mit Deutschem Handschlage uns zu begrüßen, als wir unsere Brüder mit Jubel empfingen und als jener Deutsche Mann zu uns trat und sagte: „da habt Ihr mich, ich bin Euer", da haben wir nicht geglaubt, daß in der Paulskirche jemals die Frage sich aufwerfen werde, ob Oesterreich Deutsch sein soll oder nicht. Freilich haben sich inzwischen die Zeiten geändert. Hätte man mich damals gehört, als ich zu wiederholtenmalen die Oesterreichisch-Ungarische Frage in Anregung brachte, es wäre so weit nicht gekommen, wohin es jetzt gekommen ist. Es würde sich gezeigt haben, daß ich nicht leichtsinnig meine Worte in die Versammlung geworfen habe. Holen wir jetzt das Versäumte nach, vielleicht — vielleicht können wir dem Unglücke noch vorbeugen. Siegt die Camarilla zu Wien, so schäme ich mich, in der Paulskirche zu sitzen. Die Einheit muß uns über Alles gehen. Allerdings besteht die pragmatische Sanction, worin die Untrennbarkeit der einzelnen Provinzen Oesterreichs ausgesprochen ist. Diese pragmatische Sanction ist aber nichts Anderes, als ein Instrument zum Behufe eines Familien-Fideikommisses zu Gunsten des Hauses Habsburg. Von einem Völkerrechte ist darin nicht die Rede. Der Redner giebt eine Darstellung der letzten Ereignisse in Oesterreich mit besonderer Hervorhebung der Ungarischen Verhältnisse und der Stellung Jellachichs zum gestürzten Wiener Kabinette. Würde man dem Verlangen Deutscher Blätter folgen und Deutsche Truppen über Tyrol nach Italien führen, um den Kroaten Radetzky nach Wien zu rufen, dann sei es aus mit Deutschlands Freiheit. Glauben Sie, daß es gut sein wird, wenn nach Aufgebung der Oesterreichisch-Deutschen Provinzen nur ein mächtiges Preußen unter den kleineren Staaten in Deutschland besteht? Denken Sie an die Aufregung nach dem Waffenstillstand von Malmoe, und Sie werden begreifen, daß Sie der Republik mit allen ihren Schrecken in die Hände arbeiten, wenn Sie Oesterreich von Deutschland trennen. Schaffen sie zuerst die Einheit Deutschlands, dann wird alles Uebrige folgen. Arneth aus Wien beantragt den Zusatz: „Da durch die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs eine Modifikation der im §. 2 enthaltenen Bestimmung nothwendig ist, so bleibe die Entscheidung einer späteren Beschlußnahme der Nationalversammlung vorbehalten." Oesterreich ist deutsch, aber es will das Fortbestehen mit und in Deutschland. Handelt es

---

*) Minoritäts-Gutachten. Zusatz: „Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung dieses §. 2. und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich desselben nicht zulassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichen Maße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der Oesterreichischen Regierung erzielt werden." (Mühlfeldt. Detmold. Rotenhan. Lasaulx.)

**) Minoritäts-Votum. Zusatz: „Das Staats-Oberhaupt eines Deutschen Landes, welches mit einem Nichtdeutschen Lande durch Personal-Union verbunden ist, darf Nichtdeutsche Truppen in seine Länder nicht verlegen, außer in Veranlassung von Reichskriegen auf Anordnung der Reichsgewalt." (Schüler. Blum. Wigard.)

sich aber darum, die außerösterreichisch-deutschen Länder mit den deutschen Provinzen dem deutschen Reiche zu inkorporiren, so wird kein Oesterreicher sich widersetzen. Es liegt im Interesse Deutschlands, das Entstehen von Slavenreichen im Osten zu hindern, was, wie die Vorgänge in Ungarn darthun, die unausbleibliche Folge einer Personalunion sein würde. Die große Majorität des Volkes will die Zerreißung Oesterreichs nicht. Die Erhaltung dieses Landes ist nicht im dynastischen Interesse begründet, sondern in der Politik, welche das Wohl des Volkes zum Endpunkte ihrer Bestrebungen hat. Nie hat Ungarn des Undanks gegen Oesterreich sich schuldig gemacht. Mit dem Rufe: „moriamur pro rege nostro“ haben die Magyaren für die pragmatische Sanction sich erklärt. Wären die heutigen Ungarn in die Fußtapfen ihrer Väter getreten, sie würden nicht unterlassen haben, ihren Vätern sich gleichzustellen. Der Redner erklärt sich gegen das Minoritätsgutachten zu §. 2, weil dessen Annahme das Ausscheiden der österreichischen Abgeordneten aus der Paulskirche und den Ausschluß Oesterreichs von Deutschland zur Folge habe, und schließt mit den Worten: „Wenn es Ihnen um die Freiheit zu thun ist, so behalten Sie für Deutschland das schönste seiner Länder!“ (Bravo!)

(Schluß folgt.)

Karlsruhe, den 19. Okt. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, in welcher die Berathung über den Gesetzentwurf in Betreff der Errichtung und des Geschäftskreises der Verwaltungsbehörden fortgesetzt wurde, erschien Staatsminister v. Dusch und gab auf die an die Regierung durch den Abgeordneten Sachs wegen Aufhebung des Ministeriums des Auswärtigen und wegen Zurückberufung der Gesandtschaften gerichtete Interpellation folgende Erklärung ab: „Die Regierung, meine Herren, hat schon seit längerer Zeit einige Gesandtschaftsposten, welche erledigt waren, unbesetzt gelassen. Sie hat nach dem Erscheinen des Gesetzes über die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland Verfügungen getroffen, um die Auflösung der wenigen noch bestehenden Gesandtschaften vorzubereiten, und auf das Rundschreiben des Reichsministeriums vom 20. September, das Ihnen durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden ist, eine vollkommen entsprechende und anschließende Antwort geben lassen. In ganz kurzer Zeit werden die noch bestehenden Gesandtschaften bis auf den Pariser Posten aufhören. Die gänzliche Einziehung dieses letztern hängt nur noch von Verhandlungen mit der Centralgewalt und von der Möglichkeit der Uebernahme sämmtlicher internationalen Geschäfte durch den Reichsgesandten, welche die Grenzverhältnisse und zahlreiche Interessen unserer Landesangehörigen betreffen, ab. Sobald dies geschehen ist, wird der Gesandte zu Paris auch abberufen werden. Gerade in Bezug auf die diplomatische Vertretung nach Außen durch die Centralgewalt hält die Regierung die bereitwilligste Mitwirkung und Unterstützung aller Staaten für wesentlich. Denn nur in der Centralgewalt bilden sich alle vereinten Kräfte zu einer wahren politischen Weltmacht ersten Ranges, — und als solche müssen wir uns der Welt gegenüber fest und unwandelbar darstellen, als eine solche müssen wir uns zur Vertretung unserer großen gemeinschaftlichen Interessen im Staatenverkehr geltend zu machen wissen, soll die Entwickelung unserer politischen Freiheit und unserer nationalen Wohlfahrt dauernd gesichert sein. Nur dadurch auch, daß überall Deutsche Reichsgesandte im Namen des Bundesreichs auftreten und dieser politischen Gesammtmacht persönlichen Ausdruck verleihen, in ihren freundschaftlichen Beziehungen zu andern Staaten, in der Vertheidigung ihrer Interessen, in der Mitwirkung bei den Verhandlungen über alle großen Europäischen Fragen, mit denen wieder unser eigenes Schicksal aufs innigste verwebt ist, kann das gerechte Verlangen der Deutschen Nation befriedigt werden, und wird das Mißbehagen einer unsichern politischen Stellung in der Welt in ein beruhigtes, wohlbegründetes Selbstgefühl übergehen. Vieles hat die Centralgewalt dazu schon in den wenigen Monaten gethan; aber zur Vollführung großer Dinge, meine Herren, mitten unter Bergen von Schwierigkeiten, gehört Zeit und Ausdauer, und ohne die Begeisternng dafür zu verlieren, muß man die Ungeduld bezähmen, die Nichts fördert. Die Zeitereignisse haben Ungeheures auf einmal auf die neu entstandene Centralgewalt gewälzt; wir dürfen stolz sein auf die feste, edle Haltung, die sie bewährt, und wer es mit seinem Vaterlande redlich meint, wird ihr Dank wissen, und sich doppelt freudig und vertrauend an sie anschließen. Was die weiter gestellte Frage wegen Auflösung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so kann wohl unter den jetzigen Umständen nicht die Rede davon sein. Nicht blos bestehen die Geschäfte dieses Ministeriums fort, sondern sie haben durch die Zeitereignisse sich bedeutend vermehrt, und vermehren sich noch in Folge der Einziehung der Gesandtschaften und durch die immer mehr sich ausdehnenden Beziehungen zu der Centralgewalt.“

Ulm den 17. Oktober. In der vorigen Nacht, als in der zweiten unserer Kirchweihe, hat es hier arge Excesse gegeben. Im Gasthaus zum „Schützen“ in Neuulm geriethen würtembergische und österreichische Soldaten in eine Schlägerei, bei welcher ein würtembergischer Schütze drei Säbelhiebe in die Hand und ein anderer einen Stich in die Schulter erhielt. Außerdem fielen noch weitere erhebliche Verwundungen an Soldaten und Civilisten vor. Gegen 3 Uhr Nachts wurden die Verwundeten in einem Omnibus in die Stadt gebracht, und gleichzeitig mehrere Verhaftungen vorgenommen.

München, den 18. Okt. 2 Uhr. So eben, unmittelbar vor Postschluß, erfahren wir aus glaubwürdigster Quelle, daß der König vor einem nach Tegernsee unternommenen Ausfluge vorgestern den Ministern wiederholt erklärt hat, daß er vor dem Landtage eine Portefeuilleniederlegung nicht gestatten werde. Die neuesten Vorgänge sind dem Könige durch Couriere gemeldet worden. Die Stadt ist begreiflicherweise in größter Unruhe. — Aus Wien sind eine Menge Flüchtlinge hier angekommen.

Prag, 12. Okt. Die hier anwesenden Reichstags Deputirten haben eine Erklärung abgegeben, in welcher es in Beziehung auf die Vorgänge in Wien heißt: Wir halten den Aufstand für einen verbrecherischen, weil durch diesen unter Mord und Gewaltthat ein Ministerium gestürzt wurde, welches die Majorität der Vertreter des österreichischen Gesammtvolkes für sich hatte, und wenn man auf deren vorhergefaßten Beschlüsse Rücksicht nimmt, auch in Uebereinstimmung mit denselben verfuhr. Wir verwahren uns daher auf das feierlichste gegen die in einer Namens des Reichstages erlassenen Proclamation ausgesprochene Ansicht, als sei der Mord des Kriegsministers und der gewaltsame Sturz des Gesammtministeriums nichts Anderes, als ein von bedauerlichen Umständen begleiteter Akt der Selbsthülfe des Volkes. Wir protestiren gegen alle Beschlüsse, wodurch der Reichstag Oesterreichs in Ueberschreitung seines Mandats und in Außerachtlassung seiner hohen Mission die Exekutivgewalt an sich gerissen und als bloser Sicherheitsausschuß für die Stadt Wien fungirt hat. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Beschlüsse des Reichstags den wahren Willen der Völker Oesterreichs nur dann aussprechen und deren Bedürfnissen nur dann vollkommen entsprechend und wahrhaft segenbringend werden können, wenn sie der Ausfluß reiner Selbstbestimmung sind und also ganz unbeirrt von jedem bestimmenden oder nöthigenden Einflusse einer im Aufruhr begriffenen Bevölkerung angenommen werden, protestiren wir gegen alle Beschlüsse, welche der Reichstag, sei es auch in beschlußfähiger Anzahl, jetzt während der Dauer des Aufruhrs, wo alle Organe der Verwaltung und gesetzlichen Ordnung außer Wirksamkeit sind, gefaßt hat und, so lange nicht der Zustand der gesetzlichen Ordnung wieder hergestellt ist, noch fassen wird. Wir können unmöglich Beschlüsse für freie ansehen, die gefaßt werden, während die aufrührerische Menge die Gallerie füllt, ihre Waffen nach den Sitzen der Deputirten richtet und eine Versammlung durch ihr Geschrei oder ihre den Volksvertretern bekannten Absichten und Gelüste terrorisirt; wir können Beschlüsse nicht für frei anerkennen, die angenommen werden, während und nachdem die Bürger einer und derselben Stadt in verheerendem Parteikampfe gegen einander die tödtenden Geschosse gerichtet; wir können Beschlüsse nicht für frei halten, die gefaßt werden in einer Stadt, wo alle Bande der gesellschaftlichen Ordnung so vollkommen aufgelöst sind, daß kein Befehl einer Behörde, selbst nicht jene des Reichstages, mehr befolgt worden, in einer Stadt, die angefüllt ist mit Barrikaden, bewacht und besetzt von einer zügellosen Menge von verzweifelten, durch falsche Vorspiegelungen ehrloser, erkaufter Parteigänger bis zum Aeußersten aufgehetzten Proletariern, die den friedlichen Bürger unter Verhältnissen, wo selbst eine demüthige Bitte zur gebieterischen Forderung wird, brandschatzen, die gegen Bürger, ja selbst gegen Deputirte Drohungen ausstoßen, die nach den gräulichen Vorgängen im Kriegsgebäude besorgen lassen, daß dem schrecklichen Worte die noch schrecklichere That folgen dürfte.

Ausland.

Großbritannien und Irland.

London, den 17. Okt. Die „M.-Post“ kündigt an, daß sämmtliche Minister noch in dieser Woche dahier zusammentreten würden, um über die bezüglich S. O'Brien's und seiner Genossen zu treffende Entschließung zu berathen. An eine Hinrichtung der zum Tode Verurtheilten glaubt Niemand.

— Die von vielen Einwohnern Dublins unterzeichnete Denkschrift zu Gunsten S. O'Briens wurde am 16. dem Lordstatthalter überreicht. Derselbe erwiederte der Deputation, daß er, da die Commission zu Clonmell noch mit dem gerichtlichen Verfahren gegen mehrere mit S. O'Brien des nämlichen Verbrechens angeklagte Personen beschäftigt und überdies von den Anwälten des Verurtheilten ein Einspruch erhoben worden sei, seine bestimmte Antwort auf die Denkschrift für jetzt nicht ertheilen, wohl aber versichern könne, daß man auf die Anempfehlung der Jury volles Gewicht legen werde. — Hr. Duffey soll einen verunglückten Versuch gemacht haben, aus Newgate zu entkommen. — Zu Clonmell hatte man zwei junge Damen wegen Theilnahme an dem Aufstande ins Gefängniß gebracht; sie sind jedoch gegen Bürgschaft wieder freigelassen worden.

— Gegen die strenge Beobachtung der Sonntagsfeier in Schottland erheben sich jetzt viele Stimmen. Ein Fall, der sich kürzlich mit der Herzogin von Sutherland ereignete, welche von einer Eisenbahn-Direktion einen Extrazug des Sonntags wegen nicht erlangen konnte, hat die Stimmung gegen den schottischen Puritanismus noch erhöht. Die Herzogin von Sutherland, die erste Ehrendame der Königin, erhielt nämlich die Nachricht, daß ihr Vater, der Graf von Carlisle, im Tode liege. Sie ließ daher einen besonderen Zug auf der Eisenbahn bestellen; aber als sie ankam, um denselben zu benutzen, erhielt sie eine abschlägliche Antwort. Kein Grund konnte die Bestimmung, welche die Direktion in dieser Beziehung getroffen hatte, aufheben. Lady Sutherland war daher genöthigt, ein Dampfschiff zu miethen und dann weiter Post zu nehmen, um nach dem Schlosse Howard zu kommen, wo ihr Vater im Sterben lag. Aber sie kam zu spät. Dieser Vorfall wird wahrscheinlich dazu beitragen, das strenge Verbot aufzuheben.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Dreiundachtzigste Sitzung, vom 21. Oktober.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um $9\frac{1}{2}$ Uhr. Die Abgeordneten Schwieger, Kaiser, Meyer und Jansing erhalten Urlaub. Der Abg. Scholz (Schönau) legt sein Mandat nieder. Die Verhandlung über Art. 1. des ersten Titels der Verfassungsurkunde wird fortgesetzt. Die Debatte wendet sich ausschließlich um das Verhältniß Posens zum preußischen Staate. Minister Eichmann: Die Regierung hat das Interesse des preußischen Staates, sie hat seine Größe und Wohlfahrt wahrzunehmen; eben so darf sie mit den in Frankfurt übernommenen Verpflichtungen, wie mit den den Polen ertheilten Verheißungen nicht in Widerspruch gerathen. Sie steht auf völlig gleicher Linie mit dieser Versammlung und spricht sich ohne allen Rückhalt und Vorbehalt aus. Es giebt auf diesem Gebiete keine diplomatischen Geheimnisse, die Aktenstücke liegen vor, Alles ist offenkundig. Was die Verträge von 1815 zunächst betrifft,

so ist hier wiederholt anerkannt worden, daß 1815 nicht die Rede von einer besondern staatlichen Einheit des Großherzogthums war, ja nicht einmal von einer administrativen. Der Culmer und Michelauer Kreis wurden aus administrativen Gründen an Westpreußen gewiesen, und eben so dagegen ein Theil Westpreußens zu Posen geschlagen. Es ist auch nicht möglich bei 1815 stehen zu bleiben, die Verheißungen und Verhandlungen mit Deutschen und Polen in diesem Jahre zu ignoriren. Das Resultat war die Ueberweisung eines Theiles des Großherzogthumes an das deutsche Reich, und die dem übrigen Theile vorbehaltene Organisation. Die Verhandlungen des Bundestages und die Beschlüsse der frankfurter Nationalversammlung hierüber sind völkerrechtliche Akte, an deren Gültigkeit kein Zweifel sein kann, obgleich Ihre Versammlung nicht an den hierzu führenden Schritten Theil nehmen konnte, weil sie im April und Anfang Mai noch nicht zusammengetreten war. — Es kann nicht die Rede sein, daß Sie mit Frankfurter Beschlüssen in Widerspruch treten wollten; das innigste Bewußtsein der deutschen Einheit wird Sie hiervon fern halten. Aber einige der eingebrachten Amendements drohen einen solchen Widerspruch hervorzurufen. Nach dem in Frankfurt eben vorgelegten Verfassungsentwurf ist anzunehmen, daß man mit nichtdeutschen Ländern nur Personalunion zulassen wird. Es wird jetzt dort grade über diesen Punkt verhandelt, und so ist sogleich hierauf Rücksicht zu nehmen, damit wir nicht später in den Fall einer Abänderung kommen, um unsere Verfassung der deutschen conform zu machen. Die Regierung empfiehlt also den ursprünglichen Entwurf mit dem Amendement von Auerswald. (Bewegung.) Es handelt sich um theure Interessen des großen deutschen Vaterlandes, und sie werden Ihrer Pflicht gegen dasselbe eingedenk sein. Dies ist sehr wohl zu vereinigen mit der unsern polnischen Brüdern schuldigen Gerechtigkeit und Billigkeit. Hartmann für die Amendements von Auerswald und Geßler. So erfordert es die Uebereinstimmung mit Frankfurt. Die Verfassung ist nur für das deutsche Preußen, und die polnischen Abgeordneten haben hier nicht mit zu tagen. Plönnies: die heute verhandelte Frage ist vielleicht die größte bisher hier erörterte, denn sie hat unser Verhältniß zu Deutschland ins Klare zu stellen, ja sie fällt mit der deutschen Frage ganz zusammen. Art. 1. der in Frankfurt beschlossenen Verfassung entscheidet die Frage der Trennung der deutschen und polnischen Landestheile, und behält nur die genaueren Grenzbestimmungen vor. Wenn dieser Beschluß den Bestand Deutschlands festsetzt, soll Preußen anders bestehen? Ich sage nein. Wenn Preußen seine Mission erfüllen soll, so kann es dies nur als ein rein deutscher Staat. Wer nicht mit uns zu Deutschland stehen kann, der kann auch nicht zu Preußen stehen. Es ist unsrer Seite zum Vorwurf gemacht worden, daß wir in der deutschen Frage weder für den Antrag von Jacoby noch für den von Rodbertus gestimmt haben. Diese Anträge betrafen bloße Erklärungen, die hier gegeben werden sollten, und gegen die ich mich stets aussprechen werde. Heute handelt es sich aber darum, zu entscheiden, ob der preußische Staat organische Bestandtheile haben soll, welche nicht deutsch sind. Es ist allerdings hervorgehoben, wie klein der abgetrennte polnische Landestheil sein werde. Aber ist das unsre Schuld? Können wir mehr geben als wir haben? Sei aber das Loos dieses Gebiets auch nicht beneidenswerth, wir stehen gegenüber der Nothwendigkeit. Wir sind 16 Millionen Preußen, welche Deutsche sind und bleiben wollen; wollen 300,000 nicht, so können sie nicht verlangen, uns von dem Wege zu verdrängen, den uns die Pflicht zeigt. (Bravo rechts.)

v. Kuepfer erklärt sich ebenfalls für das Amendement v. Auerswald. Posen existirt bereits nicht mehr als staatsrechtliches Ganzes. Auf den Antrag sämmtlicher deutscher Abg. der Provinz, auf stürmische Petitionen der Urwähler der westlichen Landestheile hat die preußische Regierung die Aufnahme der deutschen Landestheile in den deutschen Bund nachgesucht und der Bund hat diese Aufnahme vollzogen. Abgeordnete aus Posen sitzen bereits in der Frankfurter Nationalversammlung und so ist Alles schon vollendete Thatsache. Dem polnischen Theile bleibt die Verheißung der Reorganisation, den Polen auf deutschem Gebiete die allen fremden Nationalitäten gegebene Zusicherung. Mit dem polnischen Theile bleibt nur eine Personalunion möglich, und diese Versammlung hat ihm keine Verfassung und keine Gesetze zu geben. v. Lisiecki zeigt an, daß ihm noch gestern eine Petition mit 4834 Unterschriften gegen die Demarcationslinie zugegangen sei. Richter (Kanonikus) für das Amendement Brodowski's. Ein Ministerium, welches die Revolution nicht anerkannte, hat dennoch an das Prinzip der Nationalitäten appellirt und Posen darnach zu theilen vorgegeben. Dieß Prinzip ist völlig falsch angewendet worden. Nach den von germanisirenden Beamten willkührlich zusammengestellten Berichten wären freilich 500,000 Deutsche in Posen und nur 700,000 Polen. Dagegen hat der Erzbischof von Przyluski eine genaue Liste gegeben, nach welcher sich die Zahl der Polen auf 800,000 beläuft. Die polnischen und deutschen Katholiken betragen zusammen 900,000 Seelen. Es bleiben also nur 300,000 Akatholiken und Juden, und rechnet man die Beamten und andere wandernde Familien ab, nicht viel über 200,000 Deutsche und Juden. (Geräusch zur Rechten.) In Frankfurt hat man so nach ganz falschen, von der preußischen Regierung eingeschickten Materialien entschieden; man wird den Beschluß ändern, wenn man bessere erhält. Der Redner kommt nun auf die seit 1815 versuchte Germanisirung des Kulmer und Michelauer Landes, das damals zu Westpreußen geschlagen sei; er führt hierfür mehrere Beispiele an, besonders von dem Kulmer Gymnasium. Er sei vielleicht der Einzige, der für die polnische Bevölkerung jenes Landestheiles hier die Stimme erhebe. Diese Bevölkerung werde niemals deutsch werden, aber sie werde ein vortrefflicher Nachbar sein und die Deutschen auf den Händen tragen, wenn sie gerecht seien. Dies sage er als Deutscher im Interesse Deutschlands. Schadebrodt bemerkt hiergegen, daß dieser Landestheil altes Gebiet des deutschen Ordens, und erst 1466 von den Polen erobert sei. Man möge auf diese Jahreszahl, nicht immer auf 1772 zurückgehen. Petersen bezeugt, daß Kulm eine rein deutsche Stadt sei. Geßler greift die angeführte Statistik des Erzbischofs v. Przyluski an. Er führt ein Sendschreiben desselben vom 21. April an, worin er die, welche Petitionen für den Anschluß an Deutschland befördern, als Feinde der Kirche bezeichnet. So stellen die Edelleute in den Ortschaften stets an die Landbewohner die Frage, ob sie polnisch, d. h. katholisch bleiben, oder deutsch, d. h. evangelisch werden wollen? Diese Vermischung des religiösen Elements mit dem nationalen wirkt allein auf die Massen und sie erklären in so aufgenommenen Listen und Petitionen sich für polnisch. Bauer protestirt gegen die Verdächtigung der Beamten, als ob sie verfälschte Listen eingesendet hätten. Wolf erinnert, daß Westpreußen schon den 11. April 1848 auf den ausdrücklichen Wunsch seiner gesetzlichen Vertreter in den deutschen Bund aufgenommen worden sei. Richter stellt ein Amendement, wonach auch die polnischen Theile Westpreußens an den nationalen Institutionen Posens Theil nehmen sollen. (Heiterkeit zur Rechten und im Centrum.) Es findet nur schwache Unterstützung. Seger: Posen erscheint nirgends als staatsrechtliches Ganzes, und es sind den Polen nur nationale, nicht politische Rechte verheißen. Die Polen klagen über Verdrängung, aber sie zogen sich freiwillig überall von öffentlichen Aemtern und selbst aus der Industrie zurück, so daß die fortschreitende Germanisirung ihr eigenes Werk ist. Uebrigens ist nach den letzten Ereignissen kein dauernder Friede zwischen Polen und Deutschen möglich; das Feuer glimmt unter der Asche, und ein kleiner Hauch kann es wieder anblasen. Umsonst weist man uns auf das Beispiel von Wallonen und Flamändern in Belgien hin. In der Trennung liegt allein das Heil. Die Polen haben hier selbst ausgesprochen, daß sie keine Preußen sein wollen. Sie wollen also von uns los, wie wir von ihnen; Frankfurt ist die höchste Instanz für die Demarkationslinie; dahinter liegt nur das Schwert. Nicht die Vergangenheit, sondern das Bestehende, Lebende hat Recht. Der polnische Theil soll ja nicht durch eine Mauer abgesperrt werden; aber besser, daß ein kleiner Landestheil der Heerd von Unruhen wird, als das ganze Großherzogthum. Der Redner liest Plakate aus dem März und April, in denen Haß gegen die Deutschen gepredigt wird. v. Potworowski und v. Radonski geben hierzu thatsächliche Berichtigungen. v. Lisiecki führt ein Plakat an, in welchem die Polen eine physisch und moralisch untergegangene Nation genannt werden; ein Mitunterzeichner sei in dieser Versammlung. Ein Abg. der Rechten erhebt sich, räumt dies ein und ist bereit das Plakat zu vertreten. (Pfui! zur Linken.)

D'Ester: Der ganzen Provinz als solcher ist das Versprechen einer Reorganisation gegeben. Erst am 30. März war zuerst die Rede von einer Abtrennung deutscher Theile und später wurde die Demarcationslinie immer enger gezogen. Das Ministerium hat durchaus seine Befugnisse überschritten, als es ganz auf eigne Faust, ohne uns zu fragen, Vorschläge nach Frankfurt schickte, welche später dort Eingang fanden. Was wird dem westlichen Theile Posens entzogen, wenn er nicht in das deutsche Reich aufgenommen wird? Die Publikation der Reichsgesetze, die Exekution durch Reichstruppen. An den Grundrechten, an der ganzen preußischen Verfassung dagegen wird er mit uns Theil haben. Der östliche Theil Posens wird dagegen gar keine Verfassung haben, wenn er abgetrennt wird, er wird ganz in dem früheren Zustande Krakau's sein. Ein solcher kleiner Landestheil zwischen uns und unsrer gefährlichsten Grenze ist ein Unding. Die Polen aus jenem Theile sitzen hier unter uns; niemand hat bisher gegen ihre Anwesenheit protestirt. Die Regierung mußte augenblicklich eine Entscheidung über diese Frage hervorrufen, wenn der geringste Zweifel sich ergab. — Der Redner schreibt den blutigen Conflikt zwischen Deutschen und Polen in Posen der doppelzüngigen Politik der Regierung sogleich in den ersten Tagen nach der Märzrevolution zu. Das Ministerium stand im Widerspruche mit den Behörden der Provinz. Es entstand sogleich Streit zwischen dem Oberpräsidenten v. Beurmann und dem General v. Colomb. Eben so wurde dann General v. Willisen von den Ministern anders instruirt, als General v. Colomb von Potsdam aus. Den 3. April schrieb der General v. Neumann aus Potsdam einen Brief an den Kriegsminister v. Reyher, worin er diesem meldet, er habe auf Allerhöchsten Befehl dem General v. Colomb eröffnet, daß er mit den mobilen Kolonnen vorgehen und einschreiten solle, obgleich mit Vermeidung gallizischer Scenen. So wurden von verschiedenen Stellen ganz verschiedene Ordres ausgegeben, und gewiß gingen deren manche hin und her, die wir nicht so genau wie diese kennen. — Der General zog die Potsdamer Befehle denen aus Berlin vor. So kam es zu den blutigen Auftritten. — Um künftig solche Konflikte zu vermeiden, stelle man nur die ministerielle Verantwortlichkeit in ihrem ganzen Umfange her, welche, wie jenes Aktenstück zeigt, am 3. April noch nicht verwirklicht war. — Statt aller besondern nationalen Reorganisation bedarf es nur der vollen Durchführung der Selbstregierung der Gemeinden und Kreise. So kommt jede Nationalität von selbst zu ihrem Rechte. Ich stimme für die Verheißungen des 19. März auch an die Polen. (Bravo links.) Die Frankfurter Versammlung könnte uns eben so gut die Preßfreiheit wegdekretiren, als auf bloßen einseitigen Vorschlag des Ministeriums Posen zerschneiden.

v. Kuepfer berichtet in Betreff der von D'Ester behaupteten ursprünglichen Einigkeit zwischen Deutschen und Polen, daß er schon den 26. März hier eingetroffen sei, um auf Aufnahme des Netzedistrikts in den deutschen Bund anzutragen. Scheele für den Commissionsantrag. v. Berg für das Amendement von Phillips: Mit Unrecht ist die deutsche Frage hereingezogen. Es muß über Posen ein Vertrag zwischen Preußen und der deutschen Centralgewalt geschlossen werden. Das deutsche Parlament war in seinem vollen Rechte, wenn es nach den gegebenen Materialien sich über die Frage erklärte. Von preußischer Seite aber ist der Vertrag, der zu schließen bleibt, nicht eher gültig, bis auch wir unsre Zustimmung ertheilen. Man kann in Frankfurt nach genauerer Kenntniß des Thatbestandes die Meinung ändern. Das Amendement Phillips greift der Zukunft hierin gar nicht vor; es garantirt dem Großherzogthum seine besonderen Rechte, es enthält also nichts, als was schon früher in Frankfurt beschlossen war, nämlich daß jeder Nationalität ihre freie Entwickelung gesichert wird. — Die bisherigen Handlungen in Posen zeigen ein Schwanken zwischen Ungewißheit und Perfidie, und dies scheint die Schuld gewisser Personen, welche sich unsern Nachforschungen entziehen, so daß wohl Fingerzeige da sind, aber keine sichern Spuren. — Man hat ins Unklare hinein von Reorganisation gesprochen, man hat zuerst die Revolutionirung unsrer östlichen Grenzen begünstigt. Später ging man aus Furcht davon wieder ab, obwohl sich auch dann noch die Aeußerung findet: der abzutrennende Theil bleibe immer noch größer als Braunschweig und groß genug, um im Falle der Noth einer polnischen Erhebung gegen Rußland einen Anhalt zu bieten. — Hätte die Regierung seit 1815 die polnische Nationalität geachtet und eben so die freie Entwickelung Deutschlands gefördert, so hätten wir Posen seitdem moralisch erobert, während wir es jetzt nur gefangen haben. Wir wollen, was zur Einheit Deutschlands nöthig ist, wir wollen erklären, daß wir uns dem Frankfurter Parlamente unterwerfen, aber vor Allem haben wir den Polen ihre Nationalität zu sichern, die Demarkationslinie mag nun gezogen werden, oder nicht. Ich wundre mich über den Eifer, welchen heute die rechte Seite für die deutsche Einheit zeigt; ich begrüße dieß als ein Zeichen, daß dieselbe nicht mehr von den Vertretern einzelner Länder gefährdet werden wird. Aber nehmen Sie nicht blos Beschlüsse aus Frankfurt an, welche Ihrer Ansicht entgegenkommen. Minister Eichmann leugnet, daß die Aufnahme deutscher Kreise des Großherzogthums in das deutsche Reich nur eine provisorische sei. Vielmehr habe schon der hierin

völlig kompetente Bundestag hierüber definitiv beschlossen, und jetzt bleibe nur noch die nähere Bestimmung der Demarkationslinie vorbehalten. Die Regierung habe schon früher über Posen in dieser Versammlung Erklärungen gegeben, welche damals keinen Widerspruch gefunden.

Gr. Cieszkowski, als faktische Berichtigung: Die Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund ist zwar allerdings auf Antrag der diesseitigen Regierung in Frankfurt beschlossen worden, allein über diesen Gegenstand haben nicht bloß die Frankfurter und die hiesige Versammlung miteinander zu paciseiren, sondern auch die Einwohner des Großherzogthums, und die Mächte, welche an den Wiener Verträgen Theil genommen, sind zuzuziehen. Es wird dabei Rücksicht genommen werden müssen auf den Protest vom 9. Juni durch eine westliche Macht, und auf die Erklärung einer östlichen Macht, wonach dieselbe mit der deutschen Centralgewalt so lange in freundlicher Beziehung bleiben will, als diese ihre Herrschaft nicht mit Gewalt über die bisherigen Grenzen auszudehnen sucht. Ueber alles dies sollte der Minister des Auswärtigen uns aufklären. — Der Minister des Auswärtigen: Die Beschlüsse vom 2. Mai waren nur eine Uebereinkunft zwischen den Regierungen des Bundestags. Die späteren Verhandlungen der Frankfurter Versammlung über ihre Bestätigung erfolgten auf Grund der von den Provinziallandtagen gemachten Anträge und sonstiger vielfacher Petitionen. Die Wiener Verträge garantiren dem Großherzogthum Posen keineswegs territoriale Selbstständigkeit, sondern verordnen nur, daß es an den König von Preußen so zurückfallen solle, wie er es vorher besessen, also lediglich als eine Provinz. Die bei Besitznahme der Provinz erlassene Ansprache ist offenbar nur an die Polen gerichtet, und handelt nur von nationalen Verhältnissen der Einwohner, nicht von Territorialverhältnissen. Endlich zeugt auch der Umstand, daß einige Kreise des Großherzogthums zu administrativen Zwecken davon abgetrennt werden konnten, dafür, daß Posen nichts Anderes ist, als eine Provinz. — Wachsmuth berichtigt faktisch: Das Phillipssche Amendement wolle nicht nur, wie v. Berg zu meinen scheine, nationale Rechte, sondern auch territoriale den Bewohnern Posens gewähren, nur so rechtfertige sich auch seine Stellung zu Artikel 1. Er, der Redner, habe dies bemerken müssen, weil er und seine Freunde deshalb gegen das Amendement stimmen würden. — D'Ester berichtigt faktisch: Die erst im Juni bestimmte Demarkationslinie habe selbstredend nicht, wie der Minister des Auswärtigen behauptet, bei den Frankfurter Beschlüssen vom April und Mai zu Grunde gelegt werden können. — Der Minister des Auswärtigen: Meine Stellung beim Bundestage hat mir von diesen Verhältnissen die genaueste Kenntniß verschafft. Am 22. April beantragte ich, einem erhaltenen Auftrage gemäß, die Aufnahme mehrerer Posener Kreise mit einer Gesammtzahl von, wie ich glaube, 390,000 Einwohnern in den deutschen Bund. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Einige Tage später, am 2. Mai, erhielt ich den Auftrag, die Aufnahme noch eines kleineren Theils mit etwa 270,000 Einwohnern zu beantragen, und auch dieß geschah mit Erfolg. Damals war aber bereits eine vorläufige Demarkationslinie gezogen, die im Juni nur noch näher festgestellt wurde. v. Lisiecki, als faktische Berichtigung: Die Angaben des Ministers des Auswärtigen enthalten zwei Unrichtigkeiten. Einmal hat auf dem Posener Provinzial-Landtage nur eine Minorität von 9 Stimmen gegen 17 für die Einverleibung sich erklärt, dann aber waren auch mehr als 100,000 Petenten dagegen, und dieser Petitionen ist nicht Erwähnung geschehen.

Der Minister des Auswärtigen entgegnet, er habe von Posen und Westpreußen gesprochen, und der Provinzial-Landtag der letztgenannten Provinz habe für die Einverleibung sich erklärt. Gr. Cieszkowski als faktische Berichtigung: Es ist bereits erwähnt, daß der Posener Provinzial-Landtag gerade das Entgegengesetzte von dem beantragt hat, was der Herr Minister behauptete, er nahm aber Rücksicht auf die Minorität, was der Westpreußische Landtag nicht that. Uebrigens hat die Arntzsche Rede bereits gezeigt, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Wiener Verträge nicht dem Großherzogthum Selbstständigkeit garantiren, und in einem so zweifelhaften Falle wäre es wohl besser, das Größere zu gewähren.

Bauer (Krotoschin) berichtet faktisch: Wenn in Posen Deutsch gleichbedeutend sei mit Evangelisch, und Katholisch gleichbedeutend mit Polnisch, so sei das die Folge der Corruption und des Parteihasses, nicht aber die Schuld der Regierung, welche für die Katholiken Kirchen und Schulen gebaut habe. Sommer für den Abtheilungsbericht: Die Verträge von 1815 gewähren Posen kein Recht auf selbstständige Verfassung, auch sind sie aufgehoben. Hier kommt es nur auf die Verhältnisse seit dem März an. Die Kabinetsordre vom 24. März war zu weit gegangen, man hat die verderblichen Folgen später durch die beantragte Aufnahme in den deutschen Bund zu beseitigen gesucht. Am empfehlenswerthesten ist das Amendement Auerswald, nach ihm der Entwurf. Das confessionelle Element ist auf bedauerliche Weise hineingemischt worden. Ich bin guter Katholik, und räume Niemandem in diesem Saale das Recht ein, ein besserer zu sein, aber ich bin der Meinung, daß man nicht auf Fehler der Regierung zurückgehe, die in den letzten Jahren nicht mehr stattgefunden haben. (Bravo.)

Hierauf wird der von Pelzer beantragte Schluß unterstützt. Pelzer für denselben, weil der Gegenstand erschöpft sei. — Scholz (Meseritz) dagegen. Die Debatte beginnt zwar bereits langweilig zu werden, doch würde man, wenn sie jetzt durch den Schluß abgeschnitten würde, jede andere Gelegenheit benützen, um sie wieder aufzunehmen, wie wir ja sogar bei der Diskussion über die Bürgerwehr gesehen haben, daß man historische Notizen aus der Polnischen Geschichte Schlesiens hineinmischte. (Ruf: gegen den Schluß! Der Präsident erinnert den Redner, daß er nur gegen den Schluß zu sprechen habe.) Auch wir Deutsche des Großherzogthums müssen unsere Beschwerden noch weiter erörtern können. (Ruf: Nicht ablesen!) Der Redner entgegnet, indem er das in seiner Hand befindliche Papier der Versammlung hinreicht: „Wollen Sie dies lesen, das ist keine Rede!" Dann fährt er fort: Es ist ferner noch zu erörtern, wie z. B. in Betreff der Censur die Polnische Literatur besser gestellt war, als die Deutsche, da bei jener besondere Polnische Censoren sie freisinniger ausübten. Es muß auch erörtert werden, woher es kommt, daß die in der Nähe der Polen wohnenden Deutschen keine Sympathieen für sie haben. (Da der Redner immer wieder in das in seiner Hand befindliche Papier sieht, entsteht wiederholt Lärm und Gelächter.) Man hat an Ladislaus Tarnowski erinnert, aber jetzt giebt es unter den Polen keine Tarnowski's mehr. (Der Lärm wird immer größer, man macht wiederholt geltend, daß der Redner nur gegen den Schluß zu sprechen habe, und dieser muß endlich die Tribüne verlassen.) — Heyne als faktische Berichtigung: In der Cabinetsordre vom 24. März war des Netzdistrikts keine Erwähnung geschehen, und in der dem General v. Willisen ertheilten Instruktion vom 3. April hieß es ausdrücklich, die Reorganisation solle mit Berücksichtigung der Nationalitäten erfolgen. Ich selbst begab mich damals nach Posen, und der General v. Willisen erklärte mir am 5. April, daß die Königl. Cabinetsordre sich nicht auf den Netzdistrikt beziehe, dieser vielmehr bei Westpreußen bleiben solle. Dies und die Cabinetsordre vom 14. April beruhigte die aufgeregten Gemüther, sonst hätten die Einwohner des Distrikts mit bewaffneter Hand eine Lostrennung bewirkt. Der Culmer und Michelausche Kreis wurde allerdings 1466 an Polen abgetreten, aber schon 1474 als besondere Provinz behandelt. Der Netzdistrikt gehörte ursprünglich zu Pomerellen und war ächt Deutsch. Bekanntlich waren die Deutschen Ritter durch Conrad von Masovien ins Land gerufen, sie brachten dorthin Deutsche Cultur, und die Reorganisation wird daher auf diese Distrikte nicht auszudehnen sein. Endlich muß ich noch die Deutschen Beamten gegen die vielfachen Angriffe in Schutz nehmen, die sie keinesweges verdienen, vielmehr schützten sie sogar in vielen Fällen die Polen gegen das aufgebrachte Volk. — Kaliski berichtigt faktisch: Auch sein Wahlkreis, der Inowraclawer, gehöre zum Netzdistrikt. Der General v. Willisen habe dorthin einen Commissarius schicken wollen, allein nicht eigentliche Deutsche, sondern sogenannte Netzbrücher, hätten es zu verhindern gewußt. — Geßler bemerkt faktisch: in einer von 56 Wahlmännern seines Kreises unterzeichneten Adresse werde schleunige Feststellung der Demarkationslinie gewünscht. — Kaliski bemerkt dagegen: bereits im April sei mit 32,000 Unterschriften dagegen protestirt worden, jetzt geschehe dasselbe in einer mit 24,000 Unterschriften bedeckten Petition.

Hierauf wird der Schluß mit 185 gegen 149 Stimmen angenommen. — Berichterstatter Lüdicke ist gegen alle Amendements, weil man nur die bestehenden Zustände ins Auge zu fassen habe, und namentlich das Phillipssche Amendement hier nicht an der rechten Stelle sei. — Geßler nimmt sodann sein Amendement zurück, indem er dem v. Auerswaldschen sich anschließt.

Zur Abstimmung kömmt zunächst das Amendement v. Auerswald's. Es lautet: „Die hohe Versammlung wolle beschließen, in dem Art. 1. statt der Worte: „„in ihrem gegenwärtigen Umfange"" die Worte: „„so weit sie zu Deutschland gehören"" aufzunehmen," — und wird verworfen. — Darauf folgt Art. 1. des Commissionsentwurfs lautend: „Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das Preußische Staatsgebiet." — Wird angenommen. — Sodann wird über das Brodowskische Zusatz-Amendement abgestimmt. Es lautet: „Das Großherzogthum Posen, als ein durch die Wiener Congreß-Akte vom 9. Juni 1815 vom ehemaligen Herzogthum Warschau abgegrenzter und mit der Preußischen Krone vereinigter Polnischer Landestheil erhält dieselben in gegenwärtiger Verfassungs-Urkunde enthaltenen konstitutionellen Rechte als Grundlage seiner nationalen Institutionen, welche ihm sowohl durch jenen staatsrechtlichen Vertrag, als auch durch die Königl. Verheißungen von 1815 und durch die Cabinetsordre vom 24. März d. J. zugesichert worden sind. Wird verworfen.

Darauf folgt die Abstimmung über das Phillipssche Zusatz-Amendement, welches lautet: „Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Posen mit dem Preußischen Staat eingeräumten besonderen Rechte gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser Verfassungs-Urkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte näher festsetzen." — Die Zählung ergiebt 177 Stimmen dafür, 174 dagegen, und in Folge dessen beantragen die Abg. Geßler, Brill, Heyne, Petersen und Pelzer namentliche Abstimmung. Bei dieser stimmten unter Andern mit Ja: Brodowski, Gr. Cieszkowski, v. Lisiecki, v. Lipski, v. Potworowski, v. Pokrzywnicki, v. Radonski, Szumann, Taczanowski, v. Zoltowski. — Unter den mit Nein Stimmenden befanden sich: Bauer (Krotoschin), Geßler, Heyne, Marczynowski, Seeger, Scholz (Meseritz). Zwei Abgeordnete (Packeiser und Stiller) enthielten sich der Abstimmung.

Nachdem die Bekanntmachung des Resultats der Abstimmung mehrmals von der Linken verlangt worden, giebt es der Präsident dahin an, daß das Amendement mit 164 gegen 157 Stimmen verworfen sei, wobei 79 Abgeordnete gefehlt hätten. — v. Berg als factische Berichtigung: Als Beweis, wie es bei dieser Abstimmung zugegangen, mag dienen, daß der Abg. Riebe, welcher beim Namensaufruf mit Ja gestimmt, während des Stimmzählens durch die Secretaire mit einem Deutsch-Posener Abgeordneten auf das Bureau gekommen ist und erklärt habe, er wolle seine Abstimmung in Nein umändern. Ein Schriftführer bestätigt dies mit dem Bemerken, daß es jedem Abgeordneten freistehe, bis zur Bekanntmachung des Resultats seine Stimme zurückzunehmen. Schriftführer Plönnies erklärt: die Schriftführer könnten nur aufnehmen, was ihnen gesagt werde, ohne über die Zulässigkeit zu urtheilen. Riebe meint: ihm sei die ganze Sache unerklärbar gewesen, er habe daher von Collegen sich aufklären lassen und darnach sein Votum abgeändert. — Der Präsident spricht seine Meinung dahin aus, daß es zuerst abgegebene Votum gelten könne. v. Daniels stellt hierauf den Antrag: „Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß der Abgeordnete Riebe wohl das Recht gehabt habe, seine Abstimmung zu ändern." — Der Präsident erklärt: er werde beide Anträge an die Prioritätskommission verweisen, ihm aber erscheine es recht und billig, daß, wenn ein Abgeordneter nach einer Viertelstunde umgestimmt worden, dessen zweite Abstimmung nicht gelten könne. (Bravo links.) — v. Meusebach zur Geschäftsordnung. Er verlangt sofortige Entscheidung, indem er sich auf einen Präcedenzfall beruft, in welchem über die Zulässigkeit eines Antrags auf namentliche Abstimmung auch gleich entschieden, und die Verweisung an die Prioritätskommission abgeschlagen worden sei. Die Geschäftsordnung enthalte hier eine Lücke und der Präsident habe seine Ansicht gewechselt. — Der Präsident entgegnet: er habe von Hause aus so entschieden wie jetzt, und auch dem Abg. Behnsch gegenüber dasselbe erklärt. Er bleibe bei seiner Meinung stehen, zumal der Abg. Riebe sich nicht etwa blos versprochen habe, sondern nach seiner eigenen Aeußerung inzwischen anders überzeugt worden sei. Die Anträge werden an die Prioritätskommission gewiesen werden. Die Abstimmung über das Richtersche Amendement wird bis zum Donnerstag vertagt.

Schluß der Sitzung $3\frac{1}{4}$ Uhr. — Nächste Sitzung: Dienstag den 24. Vormittags 9 Uhr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redakteur: C. Hensel.

(Mit einer Beilage.)

Inland.

△ **Berlin**, den 23. Okt. Der König hat an den Oberst unserer Bürgerwehr eine vom Minister Eichmann gegengezeichnete Cabinetsordre erlassen, in welcher es ausgesprochen wird, daß die Bürgerwehr bei den beklagenswerthen Ereignissen des 16. sich würdig gezeigt habe ihres Berufes, ihrer Pflicht und der Ehre, die ihr zu Theil geworden, Thron und Gesetz zu schützen. Der König spreche hiefür seinen anerkennenden Dank aus und thue dies mit der schönsten Hoffnung für die Zukunft. Diese Cabinetsordre läßt der „demokratische Bürgerwehrverein" in einem Maueranschlag abdrucken und fügt dann hinzu, er weise diesen Dank mit Entschiedenheit zurück, denn es sei unzweifelhaft, daß er Gesinnungen entspringe, die nicht volksthümlich seien und die nicht in der Revolution wurzelten. Es giebt Richtungen und Menschen, die lassen nichts unangefochten, und stiege der Herrgott selber vom Himmel herab. Der König dankt der Bürgerwehr, das wird getadelt. Hätte er nicht gedankt, so würde er noch mehr getadelt worden sein. Und wer tadelt den König für den der Bürgerwehr gezollten Dank? Ein Verein, der sich selber Bürgerwehrverein nennt, aber mit dem bekannten und so arg gemißbrauchten Zusatz: demokratisch. Daß dieser Ausdruck in vielen Vereinen nur als Deckmantel für republikanische Tendenzen gilt, ist bekannt. Und freilich, von einem „republikanischen" Bürgerwehrverein ist es zu erwarten, daß er eines Königs Dank angreifen werde, er möge sein, von welcher Art er wolle.

* **Breslau** den 23. Oktober. Wir holen zuvörderst nach, was sich seit unserm letzten Berichte zugetragen hat. Die **Verhaftung** des Dr. **Borchardt** hat nachträglich eine nicht unerhebliche Aufregung hervorgerufen. Letztere ist dadurch sehr vermehrt worden, daß die vom Justizrath Gräff als Vertheidiger Borchardts beim Kriminalsenate des hiesigen Oberlandesgerichtes eingereichte Beschwerde durch einen, wie es heißt, einstimmigen Beschluß zurückgewiesen worden ist. Nur mit großer Mühe ist es einflußreichen, beim Volke sehr beliebten Männern gelungen, die sehr erregte Masse zu beschwichtigen und von Gewaltmaßregeln abzuhalten. Das Anger-Bataillon, der deutsche Volksverein (Borchardt ist Mitglied beider), der demokratische Haupt-Verein, der Landwehrverein, der Arbeiter-Verein haben eine **Sturmpetition** an die National-Versammlung beschlossen, in welcher die Freilassung der politischen Gefangenen, Geschwornengerichte, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens, so wie ein zeitgemäßes Strafgesetz für politische Verbrechen verlangt werden. Die Adresse ist hier bereits mit tausenden von Unterschriften bedeckt, und geht zur weiteren Unterzeichnung eben in die Provinzen. Dr. Borchardt selbst hat sich in einer Beschwerde an den Justizminister gewendet und erklärt, daß er bis zur Einführung von Geschwornen-Gerichten jede Einlassung vor dem Inquisitions-Richter ablehnen werde, und das zwar auf die Gefahr hin, auf lange Zeit seiner persönlichen Freiheit beraubt zu werden. Einzelne Mitglieder des Inquisitoriates haben, wie man sich erzählt, erklärt, daß sie nur mit blutendem Herzen dem leider noch nicht aufgehobenen alten Gesetze Geltung verschafften.

In Bezug auf die obschwebende Frage über die Zulässigkeit „des Widerrufes eines Mandates für die National-Versammlung und Reichsversammlung" (in Frankfurt) hat nunmehr auch der hiesige deutsche Volksverein eine Adresse an die Letztere gerichtet. Sie schließt mit der dringenden Forderung:

„daß eine hohe Reichsversammlung dem deutschen Volke das Recht der Zurückberufung seiner Vertreter für die gegenwärtige konstituirende Versammlung zuerkennen und durch sofortigen Erlaß eines Gesetzes hierüber die Grenzen, innerhalb deren dasselbe ausgeübt werden solle, feststellen möge."

Am 21sten d. Mts. Nachmittags fand im blauen Hirsche **die Vorversammlung der zum zweiten schlesischen Provinzial-Demokraten-Kongreß abgeschickten Deputirten** statt. Dr. Engelmann präsidirte. Vertreten waren 45 Vereine.

Ueber die Art der Abstimmung entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, nach Vereinen abzustimmen. Die Unausführbarkeit dieser Abstimmungsart bei formellen Fragen veranlaßte Annahme eines Amendements **Hoyalls**, daß in der Regel nach Kopfzahl und nur dann, wenn 7 Stimmen es verlangen, nach Vereinen durch Aufruf, wobei jeder Verein nur 1 Stimme habe, abgestimmt werden solle. Zum Präsidenten für den Kongreß wurde Dr. **Asch**, zu Vicepräsidenten wurden Dr. **John** und Dr. **Kuhnert**, zu Sekretairen **Schneider**, **Dellbrück**, **Neyde**, **Mätzel**, gewählt. Mit 23 gegen 22 Stimmen, wobei die Stimme des Arbeiter-Vereins, von dem der Vorsitzende **Asch** deputirt war, den Ausschlag gab, wurde die unbedingte Oeffentlichkeit ausgeschlossen; es wurde ferner angenommen, nur den Clubbmitgliedern hiesiger demokr. Vereine und der Provinz gegen Vorzeigung ihrer Karte, und den Zeitungs-Referenten, mit Ausschluß der schlesisch. Zeitung, den Zutritt nach Maßgabe der Räumlichkeit zu gestatten.

Bei der Vorversammlung wurde Seitens der Deputirten der parlamentarische Takt vermißt. Die Sitzung war sehr unruhig und stürmisch.

Am 22. früh 9 Uhr wurde der Congreß selbst eröffnet; noch 5 Deputirte traten zu. Dissentirende Vota über den Ausschuß der unbedingten Oeffentlichkeit gingen ein, vom deutschen Volksverein, v. Trebnitz, Hainau und Goldberg. Der Provinzial-Ausschuß erstattete Bericht über seine Thätigkeit und Erfolge, desgl. eine am 21. ernannte Revisions-Commission. — Eine aus 7 Paragraphen bestehende Finanz-Vorlage des Prov.-Ausschusses wurde verworfen und an deren Stelle angenommen, daß jeder Verein, der sich der Centralisation anschließt, verpflichtet sei, monatlich einen im Voraus zu bestimmenden Beitrag zu zahlen. Das Minimum sei 2 Thlr. per Kopf der Vereins-Mitglieder. Es wurde beschlossen, beim Provinzial-Ausschuß einen Registrator anzustellen. — Es waren im Laufe der Sitzung 28 Anträge eingegangen. — Eine aus 5 Personen bestehende Prioritäts-Commission sonderte die Anträge in 3 Rubriken als: dringlich — momentan dringlich — nicht dringlich; zu der ersten die Anträge betreffend die Organisation und Propaganda, zu der zweiten Adressen, zur dritten Prinzipienfragen.

Zur Berathung kam die vom Provinzial-Ausschuß vorgelegte Bezirks-Eintheilung Schlesiens Behufs Organisation der demokratischen Vereine. Die betreffende Vorlage aus 9 Paragraphen wurde angenommen und die Ausführung dem Provinzial-Ausschuß überlassen. Es sollen im Ganzen 20 Bezirke sein, bestehend aus 2 oder mehreren Kreisen. Auf die Dauer eines Vierteljahrs wählen die betreffenden Vereine einen Bezirksvorsteher und Sekretär nebst Stellvertretern. Zweck: Begründung neuer Vereine und lebendige Vermittelung unter den Bezirks-Vereinen. — Die Prüfung der Gemeindeordnungsentwürfe der Regierung und der Linken wurde nicht beliebt; es ward vielmehr beschlossen, dies den einzelnen Vereinen zu überlassen, und diese Behufs Absendung einer Monster-Petition an die National-Versammlung zur schleunigen Berichterstattung an den Provinzial-Ausschuß zu verpflichten.

Zur Tagesordnung stand: Adresse an die Wiener. Das Resultat einer sehr stürmischen durch die Zeitverhältnisse begünstigten Debatte, die manchen völlig unausführbaren Antrag vernehmen ließ, war Erlaß einer Adresse an die National-Versammlung in Berlin mit dem Antrage: daß eine Intervention preußischer Truppen in der Wiener Angelegenheit auf keine Weise stattfinden solle, daß es Preußens Sache sei, im Interesse der deutschen Stämme Oesterreichs, gegenüber den Herrschersgelüsten der Slaven die gesetzliche Freiheit der deutschen Bevölkerung Oesterreichs gegen gewaltsame Reaktion zu wahren.

In Betreff der Beschickung des Berliner Provinzial-Congresses wurden die bereits von den Vereinen erwählten Deputirten verlesen, und es erging die Aufforderung, diesen zur Vertretung der Provinzial-Vereine Mandate zu geben. Schließlich ist zu bemerken, daß die durch die **Borchardtsche** Angelegenheit hervorgerufene Adresse des deutschen Volksvereins vom Provinzial-Congresse angenommen, und sofort in die Provinz zur Unterschrift befördert wurde. Heut wird der Congreß fortgesetzt. (Correspondenz-Bureau.)

Breslau, den 23. Okt. Die Lage der Dinge in Wien hat sich nicht wesentlich geändert. Der Reichstag wie die Behörden Wiens lassen es nicht an Anstrengungen fehlen, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Der Erzherzog, an den am 20. eine Deputation des Gemeinderaths nach Frankfurt abgegangen ist, dürfte die Vermittlerrolle übernehmen. Als Bedingungen der Versöhnung, wie sie vom Kaiser gestellt worden sein sollen, werden in Wien genannt: Entwaffnung der seit dem 6. Okt. Bewaffneten, Auflösung der akademischen Legion und vorläufiger Schluß der Universität. Ebendaselbst wurden die Gemüther neuerdings durch verschiedene Gerüchte in Spannung erhalten. Nach dem einen soll in Olmütz auf den Kaiser geschossen und dadurch der Erzherzog Franz Karl verwundet worden sein; nach dem andern waren die Ungarn bereits wieder im Vordringen gegen Jellachich begriffen; nach dem dritten sollte ein Ministerium Windischgrätz-Stadion gebildet werden. Von den heute Nachmittag hier angekommenen Reisenden, welche Wien den 22. Abends verlassen haben, wird überdies erzählt, daß sämmtliche kaiserliche Gebäude und selbst die Hofburg mit Pulver angefüllt seien, um beim ersten Schusse, der von den Truppen des Fürsten Windischgrätz in die Stadt falle, dieselben in die Luft zu sprengen. Auch die Studirenden Wiens haben eine Deputation an den Kaiser gesandt. Dagegen ist eine solche von Seiten der ungarischen Regierung nicht abgegangen.

Frankfurt a. M., den 20. Okt. Die O.-P.-A.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theile nachstehende Kundmachung: „Da mit dem heutigen Tage das Gesetz vom 10. d. M. zum Schutze der verfassunggebenden Deutschen Reichs-Versammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt in der ganzen Umgebung von Frankfurt in Kraft getreten ist, wird der Belagerungszustand der Stadt Frankfurt hiermit für aufgehoben erklärt. Uebrigens wird das Reichs-Ministerium alle jene Maßregeln, die es für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit am Sitze der Reichs-Versammlung für nöthig erachtet, in ihrem vollen Umfange fortbestehen lassen. Frankfurt a. M., den 20. Okt. 1848. Der Reichs-Minister des Innern. **Schmerling**. Dr. Radermacher.

Wien, den 21. Oct. Die wichtigste Begebenheit während der letzten 24 Stunden ist eine Zuschrift, die Messenhauser und der Studenten-Ausschuß von der ungar. Armee erhalten haben, in welcher dieselbe anzeigt, daß sie wiederum gegen Jellachich aufbreche. Der Commandant leitet das betreffende Plakat damit ein, daß die Unterschriften als **ächt** erscheinen; wir begnügen uns damit, zu glauben, **daß die Unterschriften ächt scheinen**. Einen Grund für die noch einmal veränderte Bestimmung weiß hier Niemand anzugeben. Vielleicht ist diese Zuschrift ein **Putsch**. — Unsere Straßen gewinnen wiederum ein **friedliches Ansehen**. Die bisher permanent gewesenen Barrikaden werden aufgerissen und das Straßenpflaster wird regelmäßig und dauerhaft restaurirt. In Folge eines Commandobefehls wird die innere Stadt von den unnützen Communikations-Hemmungen und den lästigen Geldsammlungen bei den Barrikaden befreit. — Zwei Adressen des **Gemeinderaths** werden durch Plakate dem Publikum mitgetheilt; die eine ist an den Kaiser, die andere an den Erzherzog Johann durch eine Deputation abgesendet worden. — Messenhauser hat den Fürsten Windischgrätz aufgefordert, die Zufuhr frei zu geben. Sonst müsse er gegen den Bruch der Verfassung und die Hervorrufung von Feindseligkeiten protestiren. —

— Der Gemeinderath der Stadt Wien hat in seiner Plenarsitzung vom 19. Oktober die Absendung einer Deputation an den Erzherzog Johann beschlossen, welche am 20sten d. M. abgegangen ist und eine Adresse zu überreichen hat. Wir entlehnen derselben folgende Stellen: Ew. Kaiserl. Hoheit sind Bürgerfreund. Es ist die bürgerliche Ordnung in Wien gestört, es ist theilweise das Recht der Bürger verletzt worden, sie wieder herzustellen; seine Thätigkeit ist gelähmt. Wenden Ew. Kaiserl. Hoheit von dem hohen Standpunkte, auf welchen Sie das Vertrauen der Deutschen Männer berief, Ihren Blick auf jene Stadt, welche auch die Wiege der Deutschen Freiheit war. Sie ist schwer bedroht in den innersten Räumen ihres einst so fröhlichen Lebens. Das Wort, der Rath Ew. Kaiserl. Hoheit ist von hoher Bedeutung in der Kaiserl. Burg, wie im Frankfurter Parlament; Europa blickt auf Sie und ehrt Ihr Handeln, ehrt Ihre Beschlüsse. Verwenden Sie Ihren schützenden Einfluß für Ihre zweite Vaterstadt, für die Monarchie Ihrer Ahnen, unterstützen

Sie mit Ihrem gewichtigen Einfluß die Bitten, welche die Bürger Wiens ihrem Kaiser vorzutragen sich gedrungen fanden. Ihr Andenken wird in Oesterreich nie erlöschen, und Ihr Ruhm, zum neuen Deutschen Reich den Grundstein gelegt zu haben, verherrlicht werden durch die nicht minder bedeutungsvolle That, Oesterreich und Wien Freiheit und Friede zurückgegeben zu haben. Vom Gemeinderathe der Stadt. Wien, den 20. Oktober 1848.

Preßburg, den 21. Okt. Am 19. d. ist der Befehl hier angekommen, daß die Ungarische Armee, welche am 16. d. in das Oesterreichische Gebiet eingerückt war, am 17. aber sich schon wieder innerhalb der Ungarischen Grenzen zurückgezogen hatte, alsbald bis in die Nähe Wiens vorrücken solle. Kossuth wird hier erwartet, und unter seiner Führung wird es nun doch wohl zum Kampfe auf Oesterreichischem Boden kommen. — Die Ungarische Armee hat gestern wirklich die Oesterreichische Grenze überschritten, um den Wienern zu Hülfe zu kommen. Kossuth soll bereits auf dem Wege zur Ungarischen Hauptarmee sein; obwohl indeß dieselbe nur 5 Stunden von hier steht, weiß man hier von seinem Eintreffen durchaus nichts Bestimmtes. — Nachstehendes Plakat ist heute hier veröffentlicht worden: „Hört! Hört! Wir ziehen nach Wien! Einem Beschlusse des Repräsentantenhauses vom 17. Oktober 1848 zufolge hat die Ungarische Armee den Feind auch auf Oesterreichischem Boden zu verfolgen. Der Feind muß vernichtet werden, befände er sich auch auf des Teufels Fluren. Unterlassen wir dies, so könnte der Räuberhäuptling durch neue List unser Vaterland bedrängen. Nur Vernichtung desselben schützt uns vor abermaligen Versuchen. Also hebt eure starken Arme, ihr tapfern Ungarischen Krieger, und zermalmt den Feind. Vor Wien muß er sein Grab finden! Ich ziehe morgen von Pesth zu euch. Auf meinem Wege werde ich nicht säumen, das Volk für die gute Sache aufzumuntern. Ich will die Krieger Ungarns sehen, mit der Nationalfahne voran. Ich will mich laben an dem Anblick, wie die tapfern Söhne Ungarns den Feind vernichten. Ich will euch im Namen des Vaterlandes dafür den Segen ertheilen. Also muthig vorwärts, um den unsterblichen Ruhm Ungarns zu gründen. Mit uns geht Gott und die Gerechtigkeit. (Schles. Ztg.)

Ausland.

Spanien.

Madrid, den 14. Okt. Die kräftigen militairischen Maßregeln, welche die Regierung in Catalonien ergriffen hat, haben den Bewegungen daselbst so entschieden entgegengewirkt, daß sowohl die Republikaner, als die Montemolinisten alle Hoffnung auf einen glücklichen Erfolg aufgeben. Namentlich hat in dem sogenannten Maestrazzo der Gen. Villalonga durch seine Energie es dahin gebracht, daß sich die Insurgenten in die flache Gegend zerstreut haben. Cabrera ist von den vereinten Colonnen des Oberst-Lieut. Hove und des Obersten Rios in den Cordilleren oberhalb S. Juan de Vallfogona (bei Cervera) gänzlich geschlagen worden. Die Trabuceiros haben sich zerstreut, und die beiden Colonnen waren am 7. noch in der Verfolgung des Feindes begriffen. Cabrera hat bei dem Gefecht 10 Todte und 30 Verwundete gehabt. In Granollers haben sich wieder 7 Trabuceiros, junge Leute von 22—29 Jahren, die alle namentlich aufgeführt werden, mit ihren Waffen ergeben. In Barcelona sind allein 15,000 Mann Truppen zusammengezogen.

In Palma (Mallorca) sind 15,000 Piaster zur Erhaltung der schönen und berühmten Festungswerke angewiesen, deren Ausbesserung außer der Sicherheit des Platzes, auch vielen müßigen Händen Beschäftigung giebt.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Aus dem Kreise Samter.

Ein Artikel in der Beilage zu No. 237. dieser Zeitung, d. d. Samter den 7. Oktober, bedarf in einigen Punkten der Berichtigung, welche in Nachstehendem gegeben werden soll.

Der Landrath v. Haza strich nicht seine Verdienste um den Staat und besonders um den Samterschen Kreis heraus, sondern er führte nur an, welche Ehrenämter ihm in seinem ehemaligen Verhältnisse als Gutsbesitzer zu Theil geworden seien, um zu beweisen, daß er früher das Vertrauen der Kreiseinsassen genossen haben müsse. Dies verloren zu haben, sei ihm natürlich schmerzlich u. s. w.

Was die sofortige Berichtigung der vom Landrathe v. Haza angeführten Thatsachen durch den Justizkommissarius Ahlemann betrifft, so muß darauf entgegnet werden, daß Letzterer nur im Anfange des Vortrages einige ihn persönlich angehende Behauptungen widerlegte, später aber nicht wieder das Wort ergriff, auch lange vor dem Schlusse die Versammlung verließ.

Der Versammlung fehlte im Allgemeinen jeder bestimmte Charakter, woher es sich erklärt, daß sie gegen den Majoritätsbeschluß den Fortgang nahm. Erst nach jenem Beschlusse wurde man durch Hin- und Herreden darüber aufgeklärt, daß es sich nur darum handle, die gegen den Landrath eingereichte Klage und dessen Vertheidigung anzuhören, und sich hieraus ein Urtheil zu bilden, dessen Abgabe aber durchaus nicht verlangt werde; denn dem Landrathe liege zunächst nur daran, in den Augen der Anwesenden gerechtfertigt zu erscheinen. So geschah es, daß selbst Mehrere von Denen, welche gegen die Zulassung des Landrathes zu den Verhandlungen gestimmt hatten, sich zur Herleihung ihres Ohres bereit erklärten. Hierdurch dürfte wohl der dem Major de Rège gemachte Vorwurf einer Verhöhnung des Majoritätsbeschlusses widerlegt sein.

Schließlich muß noch bemerkt werden, daß Alle, welche der Versammlung bis zum Schlusse beiwohnten, einstimmig erklärten — und zwar nicht etwa gegen den Landrath, sondern im Privatgespräche gegen einander — sie hätten die feste Ueberzeugung gewonnen, daß man dem Landrathe v. Haza den deutschen Kreiseinsassen gegenüber wohl aus Irrthum, gewiß aber nicht aus böser Absicht begangene Fehler in der Amtsführung vorwerfen könne, was um so bemerkenswerther ist, als von Hause aus die entgegengesetzte Ansicht entschieden vorherrschend war. Ein deutscher Gutsbesitzer.

Cholera.

Posen, den 25. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 10 Personen, gestorben 7.

Marktberichte. Posen, den 25. Oktober.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf., auch 2 Rthlr. 3 Sgr. 4 Pf.; Roggen — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Hafer 16 Sgr. — Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rtlr. 5 Sgr. 7 Pf.; Erbsen 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rtlr. 5 Sgr. 7 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 9 Sgr. — Pf.; Heu zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 pf. auch 20 Sgr.; Stroh, das Schock 3 Rthlr. 15 Sgr., auch 4 Rtl. — Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 20 Sgr., auch 1 Rtlr. 25 Sgr.

Posen, den 25. Okt (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 12—12¼ Rthlr.